



Zusammenfassung der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

Laurent Bernhard und Laura Scaperrotta, FORS
unter Mitarbeit von Anke Tresch, Lukas Lauener, Georg Lutz, FORS und Thomas Milic, ZDA

Lausanne, Aarau 26.03.2020

Mangelnde Rücksichtnahme auf regionale Unterschiede sorgte für Nein zur Wohnungsinitiative

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wurde abgelehnt, obwohl eine deutliche Mehrheit der Stimmenden das Kernanliegen der Vorlage unterstützte. Das Begehren des Mieterinnen- und Mieterverbandes scheiterte jedoch, weil die Vorlage zu wenig Rücksicht auf die regionalen Unterschiede der Wohnungsmärkte nahm. Das Ja zum Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung war seinerseits Ausdruck eines klaren Bekenntnisses zu einer toleranten Gesellschaft. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'506 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar 2020. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Wohnungsinitiative - Mehrheit für Kernanliegen

Obwohl die Wohnungsinitiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes an der Urne scheiterte, stiess das Kernanliegen der Vorlage bei den Stimmenden auf grossen Zuspruch. Knapp sieben von zehn Teilnehmenden (69%) unterstützten die Forderung, dass angesichts der hohen Mieten das Angebot an günstigem Wohnraum erhöht werden müsse.

Die Initiative scheiterte jedoch, weil in der Stimmbevölkerung die Meinung überwog, dass sie zu wenig Rücksicht auf die regionalen Gegebenheiten der Wohnungsmärkte nahm. Auf dem Land präsentierte sich die Lage ganz anders als in den Städten. Beinahe neun von zehn Partizipierenden (88%) teilten diese Ansicht.

Der Stimmentscheid wurde zudem stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Das Ausmass der Zustimmung nahm zu, je weiter links sich die befragten Personen positionierten. So war am linken Rand des ideologischen Spektrums der Ja-Anteil (83%) rund vier Mal höher als am rechten Rand (21%).

Die Bürgerinnen und Bürger hielten sich in hohem Masse an die Parolen ihrer bevorzugten Parteien. Die Sympathisierenden der SP (76%) und der Grünen (68%) nahmen die Wohnungsinitiative mehrheitlich an. Im Gegensatz dazu verwarfen die Anhängerschaften von FDP (85%), SVP (76%), CVP (69%) und GLP (65%) die Vorlage mehrheitlich.

Von Bedeutung war auch die Wohnsituation der Befragten. Während Mietende die Volksinitiative im Verhältnis von drei zu fünf annahmen (60% Ja-Anteil), entschieden sich zwei von drei Eigentümerinnen und Eigentümern (67% Nein-Anteil) für ein Nein.

Diskriminierungsverbot – die Anhängerschaften von CVP und FDP waren gespalten

Das Ja zum Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung war vor allem Ausdruck eines klaren Bekenntnisses zu einer toleranten Gesellschaft. So sprach sich eine überwältigende Mehrheit (93%) dafür aus, dass in der Schweiz unterschiedliche Lebensarten und Beziehungsmodelle ihren Platz haben müssen.

Der Kontra-Seite gelang es hingegen nicht, eine Mehrheit von ihrem Hauptargument zu überzeugen, wonach die Vorlage die Meinungsfreiheit zu stark einschränke. Unter den Abstimmungsteilnehmenden waren nur 41 Prozent damit einverstanden.

In Bezug auf den Stimmentscheid ergaben sich erhebliche Unterschiede nach Parteidentifikation. Die Sympathisierenden der Grünen (89%), der SP (87%) und der GLP (79%) nahmen die Vorlage deutlich an. Die Basis der SVP stimmte ihrerseits mehrheitlich dagegen (73%).

Mit Zustimmungsraten von lediglich 55% bzw. 56% waren die Anhängerschaften von CVP und FDP gespalten. Somit wichen beträchtliche Anteile von der Ja-Parole ab, die beide Parteien beschlossen hatten.

Laurent Bernhard und Laura Scaperrotta (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Alle VOTO-Studien auf: www.voto.swiss

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 9. Februar 2020 hatte das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» sowie über die Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) zu befinden. Die Volksinitiative für mehr bezahlbare Wohnungen wurde vom Stimmvolk mit einem Nein-Anteil von 57.1 Prozent abgelehnt. Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung wurde mit einem Ja-Anteil von 63.1 Prozent gutgeheissen.